

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. Kreisfreien Städte
2. hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden
3. Verbandsgemeinden
4. Zweckverbände

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Becker, Herr Langhoff
Durchwahl: 0391 5924- 350,-370

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
Le-he

Datum
13.05.2020

Aktuelle Nachrichten zum Thema Corona-Virus vom 13.05.2020 Ergänzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende aktuelle Informationen zum Thema „Corona-Virus“ übermitteln wir Ihnen:

I.

Verordnung zur Änderung der Fünften SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung vom 12. Mai 2020; Begründung

Wie im heutigen Rundschreiben angekündigt, erhalten Sie beigelegt die Begründung zur Verordnung zur Änderung der Fünften SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung vom 12. Mai 2020. Beigelegt ist auch die Fünfte Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt (Fünfte SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung – 5. SARS-CoV-2-EindV) vom 04. Mai 2020 in der Fassung der Änderungsverordnung vom 12. Mai 2020 als Lesefassung (**Anlage 1**).

II.

Ergebnisse KfW-Kommunalpanel-Nachbefragung zu Kommunal финанzen in der Corona-Krise

Angesichts der massiven haushalterischen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Kommunen hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) im Auftrag der KfW eine Nachbefragung zum diesjährigen KfW-Kommunalpanel durchgeführt und die Ergebnisse hierzu heute vorab veröffentlicht (**Anlage 2**).



An der kurzen Ergänzungsumfrage haben sich 200 Kommunen beteiligt, die zuvor auch an der Umfrage zum KfW-Kommunalpanel 2020 teilgenommen hatten. Die Ergebnisse des Kommunalpanels werden Anfang Juni veröffentlicht.

95 Prozent der befragten Kommunen rechnen für das laufende Jahr mit sinkenden Einnahmen (Steuern 92 %, Zuweisungen 44 %). Auch für das kommende Jahr erwarten die Kommunen noch finanzielle Einbußen (Steuern 87 %, Zuweisungen 61 %). Bei den Gebühren, Beiträgen und Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit werden sowohl kurz- (84 %) wie mittelfristig (55 %) mehrheitlich rückläufige Einnahmen erwartet.

Während Einnahmen also wegbrechen und vor allem im Sozialbereich steigende Ausgaben erwartet werden (71 %), gehen 34 % der befragten Kommunen von einem Rückgang der Investitionen in diesem Jahr aus, für das kommende Jahr rechnen immer noch 28 % mit einem Rückgang der Investitionstätigkeit. Um den finanziellen Folgen der Corona-Krise kurzfristig zu begegnen, haben 63 Prozent der befragten Kommunen Anpassungen auf der Ausgabenseite vorgenommen und 49 Prozent disponible Investitionen verschoben. Während gut 41 Prozent der befragten Kommunen bis dato noch Rücklagen nutzen konnten, mussten 36 Prozent bereits zusätzliche Kassenkredite aufnehmen.

Dies sind zusammengefasst keine überraschenden Ergebnisse. Jedoch können sehen wir die Daten und die damit eventuell auch verbundene Presseberichterstattung nochmals als ein wichtiges Signal an die Politik, dass die Kommunen in der Corona-Krise finanzielle Unterstützung von den Ländern und dem Bund benötigen, gerade auch um über die Investitionstätigkeit die Konjunktur wieder ankurbeln zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Anlagen